

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler, MdB  
Staatsminister a.D.

***20. Sendlinger Bürgerfest***

Luise-Kiesselbach-Platz

München, am 23.Juni 2013

*Es gilt das gesprochene Wort*

## Mandatsträger

- **Josef Schmid,**  
Fraktionsvorsitzender und OB-Kandidat
- **Georg Eisenreich**  
MdL und Vorsitzender CSU KV München-Süd
- **Otto Seidl**  
Stadtrat und Vorsitzender CSU OV Sendling-  
Westpark
- **Michael Kuffer,**  
Stadtrat
- **Dr. Manuela Olhausen,**  
Stadtrat
- **Johann Stadler,**  
Stadtrat
- **Clemens Baumgärtner,**  
Bezirksrat
- **Dr. Christof Hangkofer,**  
Bezirksrat

## Vom Tunnel- zum Bürgerfest

- 20 Jahre Bürgerfest
- Die 20 Jahre Bürgerfest sind ein eindrucksvoller Beweis für die Bereitschaft der Münchener Bürger, sich für das Wohl ihrer Stadt einzusetzen, und für die Fähigkeit der CSU, die Anliegen der Bürger zu sehen, zu unterstützen und trotz aller widriger Umstände durchzusetzen.
- „Tunnelfest“
- Vor 20 Jahren hat dieses Fest als „Tunnelfest“ begonnen: Als Demonstration und Werbung für die Untertunnelung des Mittleren Rings in diesem hoch belasteten Raum um den Luise-Kiesselbach-Platz.
- „Bürgerfest“
- Aus dem Tunnelfest wurde ein „Bürgerfest“, als mit der Entscheidung für den Tunnel und mit den Bauarbeiten sich im wahrsten Sinne des Wortes „Licht am Ende des Tunnels“ zu zeigen begann.

Ort urbanen Lebens

Das ganz große Fest – gleich wie es dann auch heißen mag – steht uns noch bevor, und wir alle freuen uns darauf: Das Fest nach dem Abschluss der Bauarbeiten und dieses Mammut-Projekts.

– Wenn der Luise-Kiesselbach-Platz vom überlasteten Verkehrsknotenpunkt wieder zu einem städtischen Platz wird, einem Ort urbanen Lebens und Zusammenlebens.

## **Die endlose Geschichte des Tunnels**

- 30 Jahre Kampf für Tunnel Mehr als 30 Jahre hat die CSU hier für die Untertunnelung gekämpft.
- CSU-Mehrheit im Stadtrat Anfang der 80-er Jahre gab es mit Kiesel und der CSU-Mehrheit im Stadtrat einen kurzen Lichtblick: Die Röhre für den Ringtunnel in der Garmischer Straße wurde beim Bau der U 6 über den Bahnhof Westpark gebaut.
- Stadtratswahl 1990 Ende der 80-er Jahre war die Untertunnelung des Mittleren Rings am Luise-Kiesselbach-Platz komplett projektiert. Die Unterlagen zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens waren fertiggestellt.
- Nach der Stadtratswahl 1990 wurde von Rot-Grün aber ein genereller Stopp für sämtliche Tunnelprojekte am Mittleren Ring verhängt, obwohl der damalige OB Kronawitter sich vor der Wahl noch für die Tunnelbauten ausgesprochen hatte.

Um eine Mehrheit im Stadtrat zu erlangen und eine rot-grüne Koalition zu gewinnen, ging die SPD auf die Forderungen der Grünen ein.

„Drei Tunnel braucht der Mittlere Ring“

Im ersten Münchener Bürgerentscheid mit dem Titel „Drei Tunnel braucht der Mittlere Ring“ entschieden sich am 23. Juli 1996 die Münchener Wähler für einen Tunnel-Ausbau des Mittleren Rings. Nach dem Petuel-, Effner- und Richard-Strauss-Tunnel ist der Abschnitt Süd-West der letzte Bauabschnitt dieses Bürgerentscheids.

Dieser Bürgerentscheid war unser, der CSU, großes Projekt und unser Erfolg für diese Stadt

Gezielte Verzögerungen

Im Februar 2003 wurde von der Regierung von Oberbayern die Genehmigung des Planfeststellungsbeschlusses zeitgleich mit der Genehmigung des Richard-Strauss-Tunnels erteilt.

Statt unverzüglich die Projektgenehmigung einzuleiten, wie dies der Stadtrat im Jahr 2002 beschlossen hatte, wurde durch einen Mehrheitsbeschluss von Rot-Grün

nach der Stadtratswahl 2002 das Projekt aus der Investitionsplanung herausgenommen.

In zwei Jahren Triumph der Verantwortung

Trotz all dem verbohrtten Widerstand und allen Hinhaltenmanövern dürfen wir aber hoffen, dass der Wille der Münchener Bürger wohl in zwei Jahren sich durchgesetzt hat und die ungeheure verkehrliche Belastung dieses armen Platzes ein Ende hat.

## „Mehr Demokratie wagen“

- Entfremdung überwinden      Jüngst hat eine Studie des Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vor den Folgen einer sinkenden Wahlbeteiligung für die Demokratie gewarnt. Der wichtigste Grund der wachsenden Distanz liegt in einer schleichenden Entfremdung. Wie aber ließe sich diese gewisse Entfremdung überwinden? Wie findet der Politiker wieder sein Volk, und das Volk wieder den Politiker?
- „Mehr Demokratie wagen“      Vor Jahrzehnten haben wir uns mit der Forderung von SPD und APO nach einer „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ herumgeschlagen, mit dem „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandts erster Regierungserklärung.
- Auf alle Fahnen schreiben      Heute müssen wir uns diese Forderung nach „Mehr Demokratie“ und mehr Bürgerbeteiligung in Deutschland auf alle unsere Fahnen schreiben, gleich ob sie nun rot, blau, grün, weiß-blau, gelb sind.



Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen

Allen klarsichtigen Parteipolitikern ist bewusst, dass sie große Richtungsentscheide nur gemeinsam mit der Bevölkerung treffen können, und zwar zum frühest möglichen Zeitpunkt: Wir bräuchten deshalb mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, die diesen Namen auch verdient.

Direktwahl Bundespräsident

Alle unsere Bundespräsidenten haben bisher daraufhin gewiesen, dass es eigentlich nicht richtig ist, dass ihr Amt seine Legitimation letztlich nur durch Parteiabsprachen erhält. Wir sollten langsam die demokratische Reife unseres Nachbarlands Österreich erreicht haben, wo der Bundespräsident vom Volk gewählt wird.

Demokratisierung der Parteien

Auch den Parteien selbst täte mehr Bürgerbeteiligung gut. Nach 50 Jahren muss in der öffentlichen Sache immer etwas neu gemacht werden, sagte Goethe in seinen Gesprächen zu Eckermann. Sonst wird alles unbeweglich und verschildkrötet.

Heute sind die politischen Parteien eine geschlossene politische Kaste mit eigener Lebensform und eigener Berufstätigkeit.

Die Hälfte der Abgeordneten wird nicht vom Wähler gewählt, sie rücken über Listen ein, welche die Vertreter der Parteien bestimmen.

Unsere Parteiendemokratie könnte direkt demokratische Formen der Kandidatenaufstellung bis hin zur Wahl von Bundespräsidenten und Bundeskanzler zu ihrer Vitalisierung gut gebrauchen.

Kumulieren und  
Panaschieren

Aus unseren guten bayerischen Erfahrungen bei der Kommunalwahl ergibt sich der Vorschlag, dass auch auf Bundesebene ein Kumulieren und Panaschieren die Verhältnisse ein wenig zum Tanzen gebracht werden könnten.

Volksabstimmun-  
gen zu Europafragen

Der Wind beginnt sich zu drehen:  
Im Bayerischen Landtag wurde jüngst fast fraktionsübergreifend – die Grünen haben nicht mitgespielt – ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Volksabstimmungen zu entscheidenden Europafragen möglich macht.

Gesetzentwurf zur  
Änderung der Ver-  
fassung

Im Bayerischen Landtag wurde im letzten Dezember (12.12.2012) in Erster Lesung ein Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern verhandelt, nach dem durch eine Verfassungsänderung die Mitwirkungsrechte des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union gestärkt werden sollen.

Dieser Gesetzesentwurf wird von den vier Fraktionen von CSU, FDP, SPD und Freien Wählern gemeinsam getragen. Die Grünen haben sich dieser intrafraktionellen Zusammenarbeit verweigert.

Schutz der Souve-  
ränität

Diese Verfassungsänderung will verhindern, dass Kompetenzen dem Land weggenommen und auf die europäische Ebene übertragen werden. Dies darf nicht am Landesparlament vorbeigehen. Wie die Kompetenzen und die Souveränität des Bundesparlaments sind in der Europäischen Union auch die Kompetenzen der Länderparlamente zu beachten und zu stärken.

Recht auch für das Volk Die Verfassungsänderung soll die Mitwirkungsrechte des Landtags stärken.

Aber auch der Souverän, das Volk soll sich in Dingen, die Europa betreffen, direkt an die Staatsregierung wenden und der Staatsregierung Vorgaben machen können, an die sich diese dann halten muss.

Wir wollen unseren Bürgern ein Instrument an die Hand geben, mit dem sie die Souveränität des Landes und die Demokratie in Bayern und in Europa stärken und verwirklichen können.

Am Aschermittwoch geboren Den Verfassungsdialog, der nun in ein Gesetz zur Veränderung der Bayerischen Verfassung mündet und von den vier Parteien getragen wird, hat Horst Seehofer in seiner Rede am Politischen Aschermittwoch in Passau angestoßen.

Auch am Aschermittwoch sagt also unser Ministerpräsident immer Kluges und Wegweisendes.

## Des Volkes Stimme

Kein europäischer  
Demos

*„Wir brauchen eine größere und bedeutendere Rolle für die nationalen Parlamente. Einen europäischen Demos gibt es meines Erachtens nicht. Vielmehr sind und bleiben die nationalen Parlamente die eigentliche Quelle demokratischer Legitimität und Verantwortlichkeit in der Union ...*

*Zwischen der EU und ihren Bürgern klafft eine Lücke, die in den letzten Jahren dramatisch gewachsen ist, und die in einem Mangel an demokratischer Verantwortlichkeit und Zustimmung besteht.“*

So Premierminister David Cameron am 23. Januar dieses Jahres

Verfassungsbeschwerden

Ich habe, wie Sie wissen, in den vergangenen Jahren wiederholt Verfassungsbeschwerde gegen europapolitische Gesetze eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht ist diesen Beschwerden in keinem Fall vollumfänglich gefolgt.

Stärkung des Bundestages

In allen seinen Entscheidungen zu diesen Verfassungsbeschwerden aber hat das Bundesverfassungsgericht die Position des Bundestages in diesem europapolitischen Entscheidungsprozess gestärkt. Das Gericht hat dem Bundestag die Kompetenzen zurückgegeben, deren er sich selbst entäußert hatte.

Notwendigkeit der Volksabstimmung

So hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahre 2009 auch den Lissabon-Vertrag gebilligt, dabei aber auch klargestellt, dass das Grundgesetz eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedsstaaten souveräne Staaten bleiben und die EU ein Staatenverbund ist und nicht zu einem Bundestaat wird.

Eine darüber hinaus gehende „Integration“, eine derartige „Verfassungsneuschöpfung“ müsste nach Artikel 146 GG **„von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“** werden.

„Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger“

Die große Aufregung über Camerons Vorschlag, gegebenenfalls eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs durchzuführen, ist es deshalb schon sehr bezeichnend für das Demokratieverständnis und Europabild mancher Kritiker.

*„Sind Volksabstimmungen die neue Geißel Europas – oder ein Heilmittel gegen die Bürgerferne der Europäischen Union? In Brüssel und den europäischen Hauptstädten ist eine Volksabstimmung über europäische Fragen so gefürchtet wie vor 1000 Jahren ein Einfall der Wikinger,“*

so Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juni 2008. Daran hat sich offensichtlich nichts geändert.

Den Schotten folgen

Eine andere Frage ist, was passiert, wenn die Schotten nächstes Jahr ihre Selbstständigkeit beschließen. Dann werden die Karten ohnehin neu gemischt.

Und wir Bayern werden uns natürlich eingehend beraten, ob wir es nicht den Schotten nachmachen sollten.

Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D.  
20. Sendlinger Bürgerfest  
Luise-Kiesselbach-Platz  
München, am 23.Juni 2013

---

<b>Mandatsträger .....</b>	<b>1</b>
<b>Vom Tunnel- zum Bürgerfest.....</b>	<b>2</b>
20 Jahre Bürgerfest.....	2
„Tunnelfest“ .....	2
„Bürgerfest“ .....	2
Ort urbanen Lebens .....	3
<b>Die endlose Geschichte des Tunnels .....</b>	<b>4</b>
30 Jahre Kampf für Tunnel.....	4
CSU-Mehrheit im Stadtrat .....	4
Stadtratswahl 1990.....	4
„Drei Tunnel braucht der Mittlere Ring“.....	5
Gezielte Verzögerungen.....	5
In zwei Jahren Triumph der Verantwortung .....	6
<b>„Mehr Demokratie wagen“ .....</b>	<b>7</b>
Entfremdung überwinden .....	7
„Mehr Demokratie wagen“ .....	7
Auf alle Fahnen schreiben.....	7
Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.....	8
Direktwahl Bundespräsident.....	8
Demokratisierung der Parteien.....	8
Kumulieren und Panaschieren.....	9
Volksabstimmungen zu Europafragen .....	9
Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung .....	10
Schutz der Souveränität .....	10
Recht auch für das Volk .....	11
Am Aschermittwoch geboren.....	11
<b>Des Volkes Stimme .....</b>	<b>12</b>
Kein europäischer Demos .....	12
Verfassungsbeschwerden .....	12
Stärkung des Bundestages .....	13
Notwendigkeit der Volksabstimmung.....	13
„Gefürchtet wie ein Einfall der Wikinger“.....	14
Den Schotten folgen.....	14